

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 36 | 10.09.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 174/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz**, das **Arbeitskräfteüberlassungsgesetz** und das **Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz** geändert werden (Meldung zur Verlängerung der Dauer der Entsendung über 12 Monate hinaus; Überarbeitung der Strafbestimmungen im Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz)

### [BGBl I 175/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gewährleistung bei Verbraucherverträgen über Waren oder digitale Leistungen (Verbrauchergewährleistungsgesetz – VGG) erlassen wird sowie das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch und das Konsumentenschutzgesetz geändert werden (**Gewährleistungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz** – GRUG) (Einbeziehung von Verträgen, bei denen der Verbraucher Daten als Gegenleistung zur Verfügung stellt, in das Verbraucher-Gewährleistungsrecht; Schaffung von Regelungen zu „Waren mit digitalen Elementen“; Erfordernis einer ausdrücklichen Zustimmung beim Abweichen von objektiv erforderlichen Eigenschaften; Entfall des Erfordernisses, Gewährleistungsrechte gerichtlich geltend zu machen; Verlängerung der Vermutungsfrist für die Beweislastumkehr; Verlängerung der Verjährungsfrist; Ausweitung des Rückgriffs des gewährleistungspflichtigen Übergebers)

### [BGBl I 176/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Kartellgesetz 2005 und das Wettbewerbsgesetz geändert werden (**Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2021** – KaWeRÄG 2021) (weitere Stärkung des Kartellrechtsvollzug in Umsetzung des durch die RL (EU) 2019/1 vorgegebenen Ziels der Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden; Anpassung an neuere Entwicklungen im Wirtschaftsleben; Stärkung der Wettbewerbskommission; Erweiterung der Entscheidungsgrundlagen für die Investitionskontrolle)

### [BGBl I 177/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Universitätsgesetz 2002**, das **Fachhochschulgesetz**, das **Privathochschulgesetz**, das **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz**, das **Hochschulgesetz 2005**, das **Bundesgesetz über die „Diplomatische Akademie Wien“** und das **COVID-19-Hochschulgesetz** geändert werden (Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Studien zur Weiterbildung über die Hochschulsektoren hinweg; Stärkung der nationalen Durchlässigkeit von Studien zur Weiterbildung; gesetzliche Verankerung eines neuen Studienformats (außerordentliches Bachelorstudium); Titelklarheit bei den akademischen Graden in der Weiterbildung; Anwendung eines externen Qualitätssicherungsverfahrens für Studien zur Weiterbildung; weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse durch die befristete Fortführung der bisherigen Zugangsregelungen im UniversitätsG; Erleichterung des Quereinstiegs insb in den Beruf des Lehrers für die Sekundarstufe (Allgemeinbildung); Erleichterung des Quereinstiegs in den Beruf des Elementarpädagogen; Verbesserung der

(nationalen) Durchlässigkeit im Bereich der Lehramtsstudien; Verwaltungsvereinfachung im Bereich der Anerkennung als private Pädagogische Hochschule; Erhöhung der Schutzmöglichkeiten für besonders vulnerable Studierendengruppen in betroffenen Lehrveranstaltungen mit erhöhtem Gefährdungspotential; Sicherstellung, dass die Diplomatische Akademie auch in Zukunft sowohl für österreichische als auch für Studierende und Vortragende aus der ganzen Welt attraktiv bleibt)

#### [BGBl II 385/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (**7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung**)

#### [BGBl II 387/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Festlegung der Vignettenpreise (**Vignettenpreisverordnung 2021**)

#### [BGBl II 388/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, mit der abweichend von § 280a Abs. 2 bis 5 BDG 1979 kürzere oder längere Fristen für Aufbewahrungspflichten vorgesehen werden (**BMKÖS-Datenaufbewahrungsverordnung – BMKÖS-DAV**)

## II. AMTSBLATT DER EU

#### [ABI L 311 v 03.09.2021, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2021/1434 der Kommission vom 2. September 2021 zur Einstellung einer Überprüfung der Durchführungsverordnungen (EU) Nr 443/2011 und (EU) Nr 444/2011 des Rates zur **Ausweitung** des endgültigen Ausgleichs- bzw **Antidumpingzolls** auf die aus **Kanada** versandten Einfuhren von **Biodiesel**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

07.06.2021, [A 5/2020](#)

**Ktn Kinder- und JugendhilfeG**; Abweisung einer Klage der Landeshauptstadt Klagenfurt gegen das Land Kärnten betreffend die Tragung der **Kosten für den Einsatz von Sozialpädagogen** in Time-out-Gruppen von Schulen; Arbeit der Sozialpädagogen dient der Unterstützung des Unterrichts von Kindern sowie der Erfüllung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und ist von der Kostentragungsregelung des Ktn Kinder- und JugendhilfeG erfasst

07.06.2021, [K I 4/2020](#)

**Ktn MindestsicherungsG**; Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Entscheidung über die Kostenübernahme für die **Unterbringung in einer Einrichtung** nach dem Ktn MindestsicherungsG; kein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf eine – iRd Privatwirtschaftsverwaltung des Landes gewährte – Unterbringung; Zuständigkeit des Landes als Träger von Privatrechten und nicht der Bezirksverwaltungsbehörde zur Entscheidung über eine Unterbringung als nichtbehördliche Aufgabe

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.08.2021, [Ra 2021/18/0204](#)

**AVG**; solange einem **Zeugbeweis** die grundsätzliche Eignung, zur Feststellung des maßgebenden Sachverhalts beizutragen, nicht abgesprochen werden kann, darf die Aufnahme des beantragten Beweises nicht mit der Begründung abgelehnt

werden, das VwG sei bereits vom Gegenteil der zu beweisenden Tatsache überzeugt; eine solche Sichtweise stellt nämlich eine unzulässige vorgreifende Beweiswürdigung dar

09.08.2021, [Ra 2021/03/0128](#)

**OÖ JagdG; B-VG**; die Rw hatte als **anerkannte Umweltorganisation die Parteirechte** nach § 91a Abs 2 OÖ JagdG und gem § 91a Abs 3 leg cit das Recht, gegen den Bewilligungsbescheid nach § 48 Abs 3 und leg cit Beschwerde zu erheben; diese gesetzlichen Regelungen räumen ihr zwar ein Beschwerderecht an das VwG nicht aber die Kompetenz zur Erhebung einer Revision an den VwGH ein; ausgehend davon ist ihre Stellung im Verfahren nach § 48 leg cit die einer Formalpartei, der die Erhebung einer Revision an den VwGH lediglich dann offensteht, wenn sie dort die Verletzung ihrer prozessualen Rechte (die für sie subjektive Rechte darstellen) geltend macht; nur zur Durchsetzung ihrer aus der durch Gesetz eingeräumten Stellung folgenden prozessualen Befugnisse kommt einer Formalpartei auch Revisionslegitimation iSd Art 133 Abs 6 Z 1 B-VG zu

09.08.2021, [Ra 2021/10/0110](#)

**ApothekenG**; der **Begriff der „Gemeinde“** (ua) iSd § 29 Abs 1 Z 2 ApothekenG ist durch die Legaldefinition des § 63 leg cit geklärt; diese Bestimmung ist eindeutig

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 01.09.2021, [LVwG-AV-646/001-2021](#)

**Landeslehrer-DienstrechtsG**; nach § 4 Abs 1 der auf Vertragslehrer anzuwendenden VO BGBl II 283/2015, sind bei einer **Verwendung von Absolventen eines Lehramtsstudiums im Bereich der Allgemeinbildung** ua in der Sekundarstufe I Zeiten einer einschlägigen Tätigkeit im Kindergarten- und Hortwesen, soweit diese als ausgebildete Kindergarten- oder Hortpädagog\*innen geleistet worden sind, im Ausmaß von bis zu vier Jahren anzurechnen; schon aus Gründen der Gleichbehandlung ist die inhaltliche Regelung des § 4 Abs 1 der genannten VO auch auf in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende Lehrpersonen im Bereich der Allgemeinbildung umzulegen.

LVwG OÖ 2.8.2021, [LVwG-701004](#)

**EpidemieG**; § 5 Abs 1 Satz 2 EpidemieG verpflichtet Kranke, Krankheitsverdächtige und Ansteckungsverdächtige, den zuständigen Behörden die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sich den notwendigen ärztlichen Untersuchungen sowie der Entnahme von Untersuchungsmaterial zu unterziehen; der Bf ist aufgrund seines Kontakts zur COVID-erkrankten Gattin, deren ct-Wert hochinfektiös war, als ansteckungsverdächtige Person zu beurteilen gewesen; zum Zeitpunkt der Anordnung des PCR-Tests bzw auch im Zeitpunkt, an welchem dieser stattfinden sollte, durfte die belangte Behörde sohin zweifellos davon ausgehen, dass der Bf ansteckungsverdächtig war und diesen zur Probeentnahme auffordern; da der Bf den angeordneten Termin zur Probeentnahme nicht wahrgenommen hat, wurde der Tatbestand des § 40 Abs 1 lit a EpidemieG verwirklicht

LVwG OÖ 3.8.2021, [LVwG-652089](#)

**AVG**; der Beschwerdeentscheidung lag bereits weitgehend derselbe Sachverhalt zugrunde wie heute, nämlich im Wesentlichen der Umstand, dass die Bf von Opiaten abhängig ist und seit Jahren in gleichbleibender Dosierung ein Substitutionsmedikament erhält; dass die Behörde der Bf die Lenkberechtigung seinerzeit ohne nachvollziehbare Begründung und ohne Einholung einer zwingend vorgesehenen fachärztlichen Stellungnahme sowie das amtsärztliche Gutachten missachtend, aufgrund Eintritts der Rechtskraft aber rechtswirksam, vollumfänglich erteilt hat und insofern über den zugrundeliegenden Sachverhalt entschieden hat, bewirkt – wie die Bf richtig darstellt – eine sogenannte res iudicata; es bedarf insofern neuer, über den bekannten Sachverhalt hinausgehender begründeter Bedenken.

LVwG OÖ 3.8.2021, [LVwG-751559](#)

**EpidemieG**; die belangte Behörde gab dem Antrag mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid vollinhaltlich Folge; insofern kann die Bf nicht als beschwert erachtet werden; daran ändert auch der von der Bf iRd Beschwerdeerhebung zusätzlich geltend gemachte Erstattungsbetrag (inklusive der anteiligen Sonderzahlungen) nichts; denn „Sache“ des Bescheidbeschwerdeverfahrens vor dem VwG ist jedenfalls nur jene Angelegenheit, die den Inhalt des Spruchs der belangten Behörde gebildet hat; es ist also die Angelegenheit zu erledigen, die von der Verwaltungsbehörde entschieden wurde; eine inhaltliche Entscheidung über den nach Bescheiderlassung dahingehend geänderten Antrag, nunmehr auch die Sonderzahlung zu vergüten, ist dem LVwG daher verwehrt

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [07.09.2021, Rs C-927/19, Klaipėdos regiono atliekų tvarkymo centras](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 58 Abs 3 und 4 – Art 60 Abs 3 und 4 – Anhang XII – Durchführung der Vergabeverfahren – Auswahl der Teilnehmer – Eignungskriterien – Beweismittel – Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer – Möglichkeit für das federführende Unternehmen eines vorübergehenden **Zusammenschlusses von Unternehmen**, sich auf Einkünfte aus einem früheren öffentlichen Auftrag zu berufen, der zu demselben Bereich wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehende öffentliche Auftrag gehört, und zwar auch dann, wenn es die Tätigkeit, die zu dem von dem im Ausgangsverfahren in Rede stehenden Auftrag betroffenen Bereich gehört, nicht selbst ausübte – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer – Erschöpfender Charakter der nach der Richtlinie zulässigen Nachweise – Art 57 Abs 4 Buchst h, Abs 6 und 7 – **Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge** – Fakultative Gründe für den Ausschluss von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren – Aufnahme in eine Liste von Wirtschaftsteilnehmern, die von den Vergabeverfahren ausgeschlossen sind – Solidarität zwischen den Mitgliedern eines vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen – Höchstpersönliche Natur der Sanktion – Art 21 – Schutz der Vertraulichkeit der einem öffentlichen Auftraggeber von einem Wirtschaftsteilnehmer übermittelten Informationen – Richtlinie (EU) 2016/943 – Art 9 – Vertraulichkeit – Schutz von **Geschäftsgeheimnissen** – Anwendbarkeit auf die Vergabeverfahren – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

#### [09.09.2021, Rs C-546/18, Adler Real Estate ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gesellschaftsrecht** – Übernahmeangebote – Richtlinie 2004/25/EG – Art 5 – Pflichtangebot – Art 4 – **Aufsichtsstelle** – Rechts- bzw bestandskräftige Entscheidung, mit der ein Verstoß gegen die Verpflichtung zur Abgabe eines Übernahmeangebots festgestellt wird – **Bindungswirkung** dieser Entscheidung in einem späteren, von derselben Behörde eingeleiteten Verwaltungsstrafverfahren – Unionsrechtlicher **Effektivitätsgrundsatz** – Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts – Verteidigungsrechte – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 und 48 – **Aussageverweigerungsrecht** – Unschuldvermutung – Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht

#### [09.09.2021, Rs C-605/18, Adler Real Estate ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wertpapiere**, die zum Handel an einem in einem Mitgliedstaat gelegenen oder dort betriebenen geregelten Markt zugelassen sind – Transparenzgebot – Mitteilung ‚**bedeutender Beteiligungen**‘, die von ‚gemeinsam handelnden Personen‘ am Kapital von Gesellschaften erworben wurden – Richtlinie 2004/109/EG – Art 3 Abs 1a Unterabs 4 – Begriff ‚strengere Anforderungen‘ – Richtlinie 2004/25/EG – ‚**Beaufsichtigung**‘ durch eine gemäß Art 4 dieser Richtlinie benannte Stelle

#### [09.09.2021, Rs C-107/19, Dopravní podnik hl m Prahy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2003/88/EG – Arbeitszeitgestaltung – Begriffe ‚**Arbeitszeit**‘ und ‚**Ruhezeit**‘ – Pausenzeit, in der ein Arbeitnehmer binnen zwei Minuten einsatzbereit sein muss – Vorrang des Unionsrechts

#### [09.09.2021, Rs C-768/19, Bundesrepublik Deutschland \(Membre de la famille\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl und subsidiärer Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 2 Buchst j dritter Gedankenstrich – Begriff ‚**Familienangehöriger**‘ – Volljähriger, der aufgrund seiner familiären Bindung zu einem Minderjährigen, dem bereits subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist, internationalen Schutz beantragt – Für die **Beurteilung der Minderjährigkeit** maßgebender **Zeitpunkt**

#### [09.09.2021, Rs C-783/19, Comité Interprofessionnel du Vin de Champagne](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben – Einheitlicher und abschließender Charakter – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 103 Abs 2 Buchst a Ziff ii – Art 103 Abs 2 Buchst. b – Anspielung – Geschützte Ursprungsbezeichnung (gU) ‚**Champagne**‘ – Dienstleistungen – Vergleichbarkeit der Erzeugnisse – Verwendung des Handelsnamens ‚Champanillo‘

[09.09.2021, Rs C-855/19, Dyrektor Izby Administracji Skarbowej w Bydgoszczy \(Acquisitions intracommunautaires de gazole\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 69 – Mehrwertsteueranspruch – Innergemeinschaftlicher Erwerb von Kraftstoffen – Pflicht zur Vorauszahlung der Mehrwertsteuer – Art 206 – Begriff ‚**Vorauszahlungen**‘ – Art 273 – Genaue Erhebung der Mehrwertsteuer und Vermeidung von **Steuerhinterziehung** – Spielraum der Mitgliedstaaten

[09.09.2021, Rs C-906/19, Ministère public \(Sanctions extraterritoriales\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Straßenverkehr** – Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften – Verordnung (EG) Nr 561/2006 – Art 3 Buchst a – Nichtanwendung der Verordnung auf Beförderungen im Straßenverkehr mit Fahrzeugen, die zur Personenbeförderung im Linienverkehr verwendet werden, wenn die Linienstrecke nicht mehr als 50 km beträgt – Fahrzeug, das gemischt verwendet wird – Art 19 Abs 2 – **Extraterritoriale Sanktion** – Verstoß, der im Staatsgebiet eines Mitgliedstaats festgestellt und im Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaats begangen wurde – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen – Verordnung (EWG) Nr 3821/85 – **Kontrollgerät im Straßenverkehr** – Art 15 Abs 2 – Pflicht, die Fahrerkarte einzustecken – Art 15 Abs 7 – Pflicht, den Kontrollbeamten auf Verlangen die Fahrerkarte vorzulegen – Unterbliebenes Einstecken der Fahrerkarte in das Kontrollgerät an mehreren der 28 Tage, die der Kontrolle vorausgehen

[09.09.2021, Rs C-18/20, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl Demande ultérieure de protection internationale](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grenzkontrollen**, Asyl und Einwanderung – **Asylpolitik** – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 40 – **Folgeantrag** – Neue Elemente oder Erkenntnisse – Begriff – Umstände, die bereits vor dem rechtskräftigen Abschluss eines Verfahrens über einen früheren Antrag auf internationalen Schutz existierten – **Grundsatz der Rechtskraft** – Verschulden des Antragstellers

[09.09.2021, verb Rs C-33/20, C-155/20 u C-187/20, Volkswagen Bank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2008/48/EG – Verbraucherkredit – Art 10 Abs 2 – Zwingende Angaben im Vertrag – Pflicht zur Angabe der **Art** des Kredits, der **Laufzeit** des Kreditvertrags, des Satzes der **Verzugszinsen** und des bei Abschluss des Kreditvertrags anwendbaren Mechanismus der Anpassung des Satzes der Verzugszinsen – Änderung des Satzes der Verzugszinsen nach Maßgabe der durch die Zentralbank eines Mitgliedstaats bestimmten Änderung des Basiszinssatzes – Bei vorzeitiger Rückzahlung des Darlehens fällige Entschädigung – Pflicht zur Darlegung der Berechnungsmethode für die Änderung des Satzes der Verzugszinsen und der Entschädigung – Keine Pflicht zur Angabe der in der innerstaatlichen Regelung, nicht aber in der Richtlinie 2008/48 vorgesehenen Kündigungsrechte im Kreditvertrag – Art 14 Abs 1 – Durch den Verbraucher ausgeübtes Widerrufsrecht, das auf das Fehlen einer **zwingenden Angabe** gemäß Art 10 Abs 2 gestützt ist – Ausübung nach Fristablauf – Verbot für den Kreditgeber, einen Einwand der Verwirkung oder des Rechtsmissbrauchs zu erheben

[09.09.2021, Rs C-100/20, Hauptzollamt B \(Réduction fiscale facultative\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Richtlinie 2003/96/EG – Art 17 Abs 1 Buchst a – Ermäßigung der **Stromsteuer** für **energieintensive Betriebe** – Fakultative Ermäßigung – Modalitäten der Erstattung von Abgaben, die unter Verstoß gegen Bestimmungen des nationalen Rechts erhoben wurden, die auf der Grundlage einer den Mitgliedstaaten in dieser Richtlinie eingeräumten Möglichkeit erlassen wurden – Zahlung von **Zinsen** – Grundsatz der Gleichbehandlung

[09.09.2021, Rs C-144/20, LatRailNet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eisenbahnverkehr** – Richtlinie 2012/34/EU – Art 32 und 56 – Erhebung von Wegeentgelten im Schienenverkehr – Unabhängigkeit des Infrastrukturbetreibers – Aufgaben der Regulierungsstelle – Begriff der bestmöglichen **Wettbewerbsfähigkeit** der Segmente des Eisenbahnmarktes – Ausschließliches Recht in einem Eisenbahnsegment – **Betreiber öffentlicher Dienstleistungen**

[09.09.2021, verb Rs C-208/20 u C-256/20, Toplofikatsia Sofia ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 20 Abs 2 Buchst a AEUV – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1206/2001 – **Zusammenarbeit** zwischen den **Gerichten der Mitgliedstaaten** auf dem Gebiet der **Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen** – Art 1 Abs 1 Buchst a – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Art 5 Abs 1 – Ausstehende Forderungen – Gerichtliche Entscheidungen – Mahnbescheide – **Zustellung** – Schuldner mit Wohnsitz an einer unbekanntem Adresse in einem anderen Mitgliedstaat als dem des angerufenen Gerichts

### [09.09.2021, Rs C-277/20, UM \(Contrat translatif de propriété mortis causa\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Erbsachen** – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Art 3 Abs 1 Buchst b – Begriff ‚**Erbvertrag**‘ – Anwendungsbereich – Vertrag zur Eigentumsübertragung von Todes wegen – Art 83 Abs 2 – **Rechtswahl** – Übergangsbestimmungen

### [09.09.2021, Rs C-294/20, GE Auto Service Leasing](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Achte Richtlinie 79/1072/EWG – Art 3, 6 und 7 – **Verfahren** zur **Erstattung** der **Mehrwertsteuer** – Nicht im Inland ansässige **Steuerpflichtige** – Ablehnung der Erstattung der entrichteten Mehrwertsteuer – Unterlagen, die den Erstattungsanspruch belegen – Keine fristgerechte Vorlage der Belege

### [09.09.2021, Rs C-406/20, Phantasialand](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 98 – Befugnis der Mitgliedstaaten, auf bestimmte Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen einen **ermäßigten Steuersatz** anzuwenden – Anhang III Nr 7 – Eintrittsberechtigung für **Vergnügungsparks und Jahrmärkte** – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Leistungen von ortsgebundenen und ortsungebundenen Schaustellern – **Vergleichbarkeit** – Kontext – Sicht des Durchschnittsverbrauchers – Gerichtliches Sachverständigen Gutachten

### [09.09.2021, Rs C-422/20, RK \(Déclinatoire de compétence\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Erbsachen** – Verordnung Nr 650/2012 – Art 6 Buchst a – **Unzuständigerklärung** – Art 7 Buchst a – Gerichtliche Zuständigkeit – **Kontrolle** durch das **zweitbefasste Gericht** – Art 22 – Rechtswahl – Art 39 – **Gegenseitige Anerkennung** – Art 83 Abs 4 – Übergangsbestimmungen

### [09.09.2021, Rs C-449/20, Real Vida Seguros](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Ertragsteuer** – Dividenden aus börsennotierten Aktien – **Steuervergünstigung** ausschließlich für Dividenden aus auf dem inländischen Börsenmarkt notierten Aktien – **Unterschiedliche Behandlung** – Objektives Unterscheidungskriterium – Beschränkung – Art 65 AEUV – Objektiv vergleichbare Situationen – Rechtfertigung – Rein wirtschaftliches Ziel

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [09.09.2021, Rs C-213/19, Kommission/ Vereinigtes Königreich \(Lutte contre la fraude à la sous-évaluation \(GA Pikamäe\)](#)

Vertragsverletzung – Art 4 Abs 3 EUV – Art 310 Abs 6 und Art 325 AEUV – **Betrugsbekämpfung** – Erfordernis der **Effektivität** – Verpflichtung zur Bereitstellung der Eigenmittel für den Haushalt der Union – Finanzielle Haftung der Mitgliedstaaten – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – **Zollkodex** der Gemeinschaften – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Zollkodex der Union – Zölle – Einfuhren von Textilien und Schuhen aus China – Ausgedehnter und systemischer Betrug – Organisierte Kriminalität – Missing Trader – Zollwert – Unterbewertung – Risikobasierte Zollkontrollen – Der Überlassung vorausgehende Kontrollen – Sicherheitsleistung – Fehlen von Kontrollen – Art. 16 und 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Eigenmittel der Europäischen Union – Beschlüsse 2007/436/EG und 2014/335/EU – Verordnungen (EG, Euratom) Nr 1150/2000 und 609/2014 – **Feststellung einer Zollschild** – Verpflichtung zur Bereitstellung für die Europäische Union – Schätzung des Verlusts an traditionellen Eigenmitteln – Auf den berechtigten Durchschnittspreis und den akzeptablen Mindestpreis gestützte statistische Methodik – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer – Mehrwertsteuereigenmittel

### [09.09.2021, Rs C-9/20, Grundstücksgemeinschaft Kollaustraße 136 \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 66 Buchst b – Art 167 – Zeitpunkt **des Vorsteuerabzugsrechts** – **Vermietung** und Untervermietung von **Grundstücken**, die für **gewerbliche** oder **kommerzielle Zwecke** genutzt werden

[09.09.2021, Rs C-179/20, Fondul Proprietatea \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Vorschriften für den **Elektrizitätsbinnenmarkt** – **Freier Netzzugang** Dritter – Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – **Versorgungssicherheit** – Richtlinie 2009/72/EG – Garantierter Zugang zu den Stromnetzen – Richtlinie 2009/28/EG

[09.09.2021, Rs C-232/20, Daimler \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Bedeutung von ‚vorübergehend‘ in Art 1 der Richtlinie 2008/104/EG – Art 5 Abs 5 der Richtlinie 2008/104 – Übergangsvorschrift, die die Berücksichtigung vor einem **Stichtag** liegender Zeiten der Überlassung eines Leiharbeitnehmers an ein entleihendes Unternehmen ausschließt – Einführung einer **Höchstdauer für die Überlassung von Leiharbeitnehmern** an entleihende Unternehmen durch mitgliedstaatliches Gesetz – Recht eines Leiharbeitnehmers auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit dem entleihenden Unternehmen im Falle eines missbräuchlichen Einsatzes von Leiharbeit

[09.09.2021, Rs C-238/20, Sățini-Sr \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Begriff ‚**Vorteil**‘ – Entschädigung des an der Aquakultur durch in einem **Natura-2000-Gebiet** geschützte **Vogelarten** verursachten Schadens – Verordnung (EU) Nr 717/2014 – De-minimis-Regel – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 17 – Eigentumsrecht

[09.09.2021, Rs C-242/20, HRVATSKE ŠUME \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen** – Gerichtliche Zuständigkeit – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Auf **ungerechtfertigte Bereicherung** gestützte Klage auf Herausgabe – Einstufung – Art 5 Nr 1 und 3 – **Besondere Zuständigkeiten**, wenn ‚ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ und ‚eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer solchen Handlung‘ den Gegenstand des Verfahrens bilden

[09.09.2021, Rs C-296/20, Commerzbank \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – **Lugano-II-Übereinkommen** – Gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen – Zuständigkeit bei **Verbrauchersachen** – Verbraucher, der nach Vertragsabschluss seinen **Wohnsitz** in einen anderen durch das Übereinkommen gebundenen Staat verlegt – Ausübung einer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit in einem durch das Übereinkommen gebundenen Staat, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat.

[09.09.2021, Rs C-347/20, Zinātnes parks \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EU) Nr 651/2014 – Begriff des **Unternehmens in Schwierigkeiten** – Begriff des **gezeichneten Stammkapitals** – Autonome Auslegung – Richtlinie 2013/34/EU – Irrelevanz des jeweiligen nationalen Registerrechts – Anforderungen an den **Nachweis**, dass der Antragsteller mittlerweile kein Unternehmen in Schwierigkeiten mehr ist – Transparente und nicht diskriminierende Auswahlentscheidung unter mehreren Antragstellern – Möglichkeit der Ablehnung verspätet eingereichter **Antragsunterlagen**

[09.09.2021, Rs C-461/20, Advania Sverige und Kammarkollegiet \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 72 Abs 1 Buchst d Ziff ii – Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit – **Insolvenz** – Übertragung von Rahmenvereinbarungen nach der Einleitung eines Konkursverfahrens gegen den ursprünglichen Auftragnehmer – Neuer Auftragnehmer – Begriff ‚**wesentliche Änderung des Auftrags**‘ – Ausnahme von der Durchführung eines neuen Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge – Bedingungen

[09.09.2021, Rs C-497/20, Randstad Italia \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ein Nachprüfungsverfahren vorzusehen – Zugang zu Nachprüfungsverfahren – Nichtigkeitsklage gegen die Entscheidung über die **Vergabe eines öffentlichen Auftrags** – **Widerklage** des Zuschlagsempfängers – Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs zur Beschränkung der Fälle, in denen eine Kassationsbeschwerde eingelegt werden kann – Art 267 AEUV

09.09.2021, Rs C-581/20, TOTO (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Begriff der Zivil- und Handelssachen – **Einstweilige Maßnahmen** einschließlich Sicherungsmaßnahmen – **Vertrag über Bauarbeiten an einer öffentlichen Straße**

## **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

**07.09.2021, Beschwerde Nr [27516/14](#), M.P. / Portugal**

**Keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens und des Briefverkehrs), Exmann wurde nicht verurteilt, weil er private elektronische Nachrichten der Bf eingesehen hat und ohne Zustimmung im Zivilprozess vorgelegt hat, angemessener Schutz des bestehenden strafrechtlichen Rahmens, Abwägung der betroffenen Interessen gem der Rspr des Gerichtshofs

**07.09.2021, Beschwerde Nr [38948/10](#), Saksoburggotski ua / Bulgarien**

**Verletzung** von **Art 1 EMRK 1. ZP** (Schutz des Eigentums), **Verletzung** von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren), unverhältnismäßiges Verbot jeglicher kommerziellen Nutzung von Wäldern der Bf (ehem bulgarischen König Simeon II. und seine Schwester), die angeblich durch Rückgabe gewonnen wurden, langes Moratorium, ohne Anfechtungsmöglichkeit, unverhältnismäßige individuelle Belastung



## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 82/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 90/2021</a> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 100/2021</a> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 105/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 143/2021</a> , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

## B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 184/2021</a> : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

## C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
---	------------	------------

107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

#### **D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe**

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

#### **E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG**

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl. II 314/2021</a> , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	<i>Keine Angabe</i>

## F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

### COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

### COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b> ), <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a></li> </ul> VfGH: <p><a href="#">BGBl II 484/2020</a>: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 488/2020</a>: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 492/2020</a>: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 318/2021</a>: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p><a href="#">BGBl II 359/2021</a>: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBl II 207/2020</a> , ausgegeben am 13.05.2020 VfGH: <p><a href="#">BGBl II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p><a href="#">BGBl II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 231/2020</a> , ausgegeben am 27.05.2020 VfGH:	29.05.2020	31.08.2020

<a href="#">BGBl II 485/2020</a> : VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		§ 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<a href="#">BGBl II 360/2021</a> : VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021		
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 239/2020</a> , ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	<i>unverändert</i>
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 246/2020</a> , ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	<i>unverändert</i>
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>5. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 266/2020</a> , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 146/2021</a> : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>6. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 287/2020</a> , ausgegeben am 29.06.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 358/2021</a> : VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>7. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 299/2020</a> , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>8. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 332/2020</a> , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>9. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 342/2020</a> , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 146/2021</a> : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>10. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 398/2020</a> , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>11. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 407/2020</a> , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
<b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b>		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 412/2020</a> , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der

		nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 446/2020</a> , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020  § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 455/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020  §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020  §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>4. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 456/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b> 03.11.2020 außer Kraft.
<b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b>		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 463/2020</a> , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020 <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a> , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a> , ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 544/2020</a> , ausgegeben am 04.12.2020	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020

		16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</li> <li>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</li> </ol>	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p><del>26.12.2020</del></p> <p>§ 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a>, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II Nr. 361/2021</a>: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 58/2021</a>, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 76/2021</a>, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 94/2021</a>, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 105/2021</a>, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>

<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 111/2021</a>, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021 <del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del></p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 120/2021</a>, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 139/2021</a>, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl. d.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 147/2021</a>, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a>, ausgegeben am 09.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p>	<p><i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021</p>
<p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 171/2021</a>, ausgegeben am 16.04.2021</p>	<p>19.04.2021</p>	<p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p>
<p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II Nr. 181/2021</a>, ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p>	<p>26.04.2021</p>	<p>05.05.2021 <del>§2 mit Ablauf des 28.04.2021</del> §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p>



206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 206/2021</a> , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 221/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl. II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl. II 528/2020</a> , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl. II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl. II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl. II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl. II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl. II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

## **G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)**

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – <b>COVID-19-ÖV</b> ), <a href="#">BGBl. II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
---	------------	--

<p>Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 214/2021</a>, ausgegeben am 10.05.2021</p> <p><i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -&gt; mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i></p>	<p>§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 223/2021</a>, ausgegeben am 18.05.2021</p>	<p>19.05.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 242/2021</a>, ausgegeben am 01.06.2021</p>	<p>03.06.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 247/2021</a>, ausgegeben am 02.06.2021</p>	<p>10.06.2021</p> <p>§16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 256/2021</a>, ausgegeben am 09.06.2021</p>	<p>10.06.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (<b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b>) erlassen wird, <a href="#">BGBl II 278/2021</a>, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>01.07.2021</p>	<p>31.08.2021</p> <p>§§ 12 – 16 28.07.2021</p>
<p>Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (<b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 278/2021</a>, ausgegeben am 28.06.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (<b>2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 321/2021</a>, ausgegeben am 16.07.2021</p>	<p>22.07.2021</p> <p>§ 1 Abs. 2 15.08.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 328/2021</a>, ausgegeben am 20.07.2021</p>	<p>22.07.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b>), <a href="#">BGBl II 366/2021</a>, ausgegeben am 18.08.2021</p>	<p>§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021</p> <p>§ 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021</p> <p>für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p>

Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 367/2021</a>	20.08.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 385/2021</a>	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021  für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	<i>§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft  Rest: unverändert</i>

## H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV</b> ), <a href="#">BGBl. II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021  (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl. II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl. II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Stefanie KleinUniv.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, , Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.